

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Im Hause, bei Postbestellung 1,80 RM. Zusätzl. Beleggeld. Einzelnummern 10 Pf. Die Postämter und Postfachstellen, wozu in der Regel keine besondere Anweisung erforderlich ist, sind zu bezeichnen. Im Falle höherer Preisänderungen behält sich die Redaktion das Recht vor, den Preis zu erhöhen. Die Abnahme von Anzeigen erfolgt nur, wenn die Bedingungen der Anzeigenliste erfüllt sind.

Abdruckpreis: Die halbjährliche Ausgabe 10 RM., die 4 halbjährliche Teile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichsmark. Die halbjährliche Ausgabe im zeitlichen Teil 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichsmark. Anzeigen und Werbefreizeile sind zu bezeichnen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Abnahme von Anzeigen erfolgt nur, wenn die Bedingungen der Anzeigenliste erfüllt sind.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 27 — 92. Jahrgang Telegr.-Nr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Mittwoch, den 1. Februar 1933

Am Beobachtungsstand.

In einem Fenster des alten Reichstanzlerpalais, wo Hindenburg zur Zeit wohnt, hat der Reichspräsident am Abend des Tages gestanden, an dessen Vormittag eine neue Regierung das Steuer des von schweren Stürmen hin und her geworfenen Staatsschiffes in die Hand genommen hatte. An einem Fenster des neuen Flügels dieses Reichstanzlerpalais, das der neue Herr noch am gleichen Tage bezogen hatte, stand Hitler und neben ihm der Reichspräsident Göring. An ihnen vorbei, erst vor Hindenburg, dann vor Hitler, defilieren in langem Fackelüberloberdem Zuge grüne die Scharen der Stahlhelmer und der SA-Mannschaften. Tausende und aber Tausende säumen den Rand der Wilhelmstraße. Dort, wo der historische Sitz der deutschen und der preussischen Regierung ist. Eine Feyer war es, ein Dank, der beiden Männern galt, denen jetzt Deutschlands dunkles Geschick anvertraut ist, — aber die Fackeln sind erloschen, die Nacht verschluckte alles im Dunkel. Und in diesem Dunkel trachten schon wieder die Pistolen politischer Gegner.

Es brauchte mit jenen Rebolverschüssen, mit anderen Zusammenstößen im Reich, mit scharfen Protesttelegrammen und -erklärungen nicht erst festgestellt zu werden, daß die politischen Spannungen vielfältiger Art durch die Ernennung des neuen Kabinetts nicht verschwunden sind. Aber schon die allerersten Erklärungen des neuen Reichsinnenministers Dr. Fricd waren geeignet, auch auf die Gegner der jetzigen politischen Konstellation einwirkend zu wirken. Zunächst einmal will das neue Kabinett versuchen, den für die Demissionen Papens gegebenen Auftrag des Reichspräsidenten zu erfüllen, nämlich sich nicht ohne weiteres in einen Gegenstand zum Reichstag zu stellen, sondern zum mindesten erst einmal zu verhindern, daß dort eine tatsächliche Mehrheit der Reichsregierung das Vertrauen ausdrückt. Falls sich hierüber die Entscheidung wahrscheinlich erst im Reichstag, wenn die Regierung von einem Vertrauen unausweichlich bedroht ist, daß dann aber verfassungsgemäß Neuwahlen ausgeschrieben werden. Auch die anderen Erklärungen Dr. Fricds waren durchaus geeignet, Verhöhnung zu schaffen und ein wenig Öl auf die oft künstlich hochgepöbelten Wogen der politischen Erregung zu gießen.

Man sollte also auch im Ausland vor einem Endurteil erst abwarten, bis das neue Kabinett wenigstens gezeigt hat, was es will, — auch wenn die Mehrheit der jetzigen Reichsregierung aus seit langem politisch bekannten Persönlichkeiten bzw. Parteiführern besteht, man ihre politischen Ansichten und Absichten also zu „kennen“ glaubt. Um von außen her durch irgendwelche „Drohungen“ oder „Versicherungen“ noch auf den Gang der deutschen Krise „einzuwirken“ zu wollen, fehlt es an Zeit; denn es ist überaus schwierig für das Ausland, erfolgte der Ausdruck der Krise und allzu schnell dafür war sie beendet. Sie war zu Ende, während die wenige Stunden vor der deutschen Ausbrechens französische Kabinette in der Luft hingen, für viel einfacherer parlamentarischer und persönlicher Verhältnisse Herr Daladier lange genug nach einem Manne zu suchen gezwungen wurde, der das glühend heiße Eisen der Haushaltskonsolidierung anlassen konnte. Daladier hat versucht, mit den sozialistischen Freunden zur Linken zusammenzukommen, aber dort wurden ihm derart weitgehende Forderungen wie z. B. die Verstaatlichung des Bankens und Versicherungswesens daß er — wieder auf die Suche gehen mußte nach einem Finanzminister, was heute in Frankreich ein noch schwierigeres Tun zu sein scheint als das des guten alten Diogenes, der mit seiner Laterne bewaffnet ja nur einen „weniger“ finden wollte. Finanzminister müssen heutzutage überaus Unmenschen sein.

Keine Währungsexperimente beabsichtigt

Gauche an der Börse.
Die Erklärungen der neuen Reichsregierung lösten in der Burgstraße Verwirrung aus. Die Tendenz war auf allen Gebieten sehr fest, da man nunmehr allgemein erwartet, daß durch das Zustandekommen der neuen Regierung die politische Stabilität für die nächste Zeit gewahrt ist und die Hoffnungen auf das Arbeitsbeschaffungsprogramm sich in stärkerem Maße als bisher erfüllen werden. Die Kurssteigerungen gingen auf einzelnen Gebieten bis zu 7 Prozent.
Von zukünftiger Stelle wird die vor der ausländischen Presse abgegebene Erklärung wiederholt, daß irgendwelche Experimente währungs- und wirtschaftspolitischer Natur nicht in Frage kämen. Jedenfalls hätten die Besitzer von deutschen Anteilen keine Veranlassung, irgendwie beunruhigt zu sein.

Die Aufgaben der Reichsregierung.

Neue Sitzung des Reichskabinetts.

Personalpolitik — Arbeitslosigkeit — Reichstag.

Das neue Reichskabinett ist am Dienstag wieder zu einer Sitzung zusammengetreten, in der zunächst einige personalpolitische Fragen behandelt worden sind. Bei diesen Personalfragen handelt es sich vor allem um die Neubesehung einiger Reichskommissariate in Preußen.

Als Leiter des preussischen Kultusministeriums, das gegenwärtig von Professor Käster verwaltet wird, ist Studientrat Rupp, der nationalsozialistischer Gesandter in Hannover ist, ausersehen. Weiter soll Landbundespräsident Willms ein führender Amt im preussischen Landwirtschaftsministerium erhalten.

Neben diesen Personalfragen stand weiter im Vordergrund der Beratungen

die Festlegung des Arbeitsbeschaffungsprogramms.

Hierbei gibt es vor allen Dingen die Gegensätze zwischen Industrie und Landwirtschaft zu berücksichtigen, die in den letzten Reichskabinetten dauernd akut waren und eine fruchtbringende Arbeit der Regierungen hinderten.

Die Aufgaben des Reichsarbeitsministeriums.

Im Zusammenhang mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm sind die Ausführungen von besonderem Interesse, die Reichsarbeitsminister Selbte bei der Einführung in sein neues Amt machte.

Sein Wahlspruch für seine Amtsführung sei der altpreussische Grundsatz: „Gut dien“. In seinem Amte gälten seine Hauptaufgaben der Arbeitnehmerschaft, den Arbeitslosen und der Jugend. Deshalb werde in Zukunft das Reichsarbeitsministerium von allen Aufgaben entlastet werden, die ihrem Wesen nach mehr zum Reichswirtschaftsministerium gehörten. Das Reichskabinett werde demnach über die organisatorischen Änderungen entscheiden.

Wie der Stahlhelmpressedienst hierzu zu melden weiß, ist beabsichtigt, die rein wirtschaftlichen Fragen, die bisher vom Reichsarbeitsministerium bearbeitet wurden, insbesondere die Tariffragen, künftig dem Reichswirtschaftsministerium zuzuteilen. Das Schwergewicht im Reichsarbeitsministerium werde künftig bei der Frage des freiwilligen Arbeitsdienstes und der Jugendberufshilfe liegen, also bei Aufgaben, für die gerade der Stahlhelm auf Grund seiner bisherigen Leistungen als besonders befähigt gelten müsse.

Reichsregierung und Reichstag.

Gegenstand der Erörterungen der Reichsregierung war ferner die Frage der Stellung des Reichskabinetts zum Reichstag. Reichstanzler Hitler beabsichtigt, in der ersten Reichstagssitzung das Programm der neuen Reichsregierung zu entwickeln. Man rechnet damit, daß nach der Regierungserklärung der Reichstag sich um einen Tag vertagen werde, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, zu den Darlegungen des neuen Kabinetts eingehend Stellung zu nehmen. Dann wird sich eine für mehrere Tage berechnete große politische Aussprache anschließen. Die Februartagung des Reichstags soll etwa acht Tage in Anspruch nehmen. Die Ankündigung der Reichstagsrede Hitlers hat einen ungeheuren Ansturm auf die Tribünenplätze des Reichstagsgebäudes zur Folge gehabt. Die Reichstagsfraktionen, die über den größten Teil der Karten verfügen, und die Reichstagsverwaltung werden mit Gesuchen um Gewährung von Eintrittskarten aus allen Teilen des Reiches befüllt. Die Folge davon ist, daß die Karten für die erste Sitzung und die folgenden bereits vollständig vergriffen sind. Bei der Frage Reichstag wird die Reichsregierung auch zu prüfen haben, ob sie etwa vom Reichstag ein allgemein gehaltenes Ermächtigungsgesetz fordern soll, das dem Kabinett Möglichkeit geben soll, einige Monate lang in Ruhe seine Arbeiten durchzuführen. Jedenfalls wird die Regierung die Entwicklung des Verhältnisses zum Reichstag ruhig abwarten.

Hitlers Verhandlungen mit dem Zentrum.

Reichstanzler Hitler hat seine mit dem Zentrum in Aussicht genommenen Besprechungen am Dienstag aufgenommen. Amlich wird hierüber mitgeteilt: Der Reichstanzler hatte mit dem Parteivorsitzenden des Zentrums, Prälat Dr. Kaas, und dem Vorsitzenden der Reichstagsfraktion des Zentrums, Dr. Vertius, eine längere Besprechung über die nach Bildung der neuen Regierung geschaffene politische und parlamentarische Lage. Prälat Kaas stellte in Vertretung der Zentrumsfraktion eine Reihe von Fragen über den in Aussicht genommenen politischen

Kurs der neuen Regierung. Die Beantwortung dieser Fragen, deren genaue Fixierung noch erfolgt, hat sich der Reichstanzler vorbehalten.

Zur allgemeinen wird in parlamentarischen Kreisen angenommen, daß das Zentrum die neue Reichsregierung auf jeden Fall tolerieren wird. Die Zentrumsfraktion wird sich also bei den Abstimmungen über die gegen die Reichsregierung Hitler vorliegenden Mißtrauensvoten zumindest der Stimme enthalten, so daß man also dann damit rechnen kann, daß das Kabinett Hitler eine knappe Mehrheit im Reichstage erhält. Sollte wider Erwarten diese Mehrheit nicht zustandekommen, so dürfte der Reichstanzler vom Reichspräsidenten besondere Vollmachten erbitten, damit er in die Lage versetzt wird, das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung eventuell ohne Reichstag durchzuführen.

Das Zentrum wartet Hitlers Antwort ab.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages nahm den Bericht ihres Parteiführers Kaas über seine Verhandlungen mit Reichstanzler Hitler entgegen. An dem Bericht schloß sich eine längere Aussprache an. Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt, da man die Antwort der Reichsregierung auf die von Prälat Kaas bei seiner Unterredung mit Hitler gestellten Fragen abwarten will.

Bei diesen Fragen des Zentrums handelt es sich im wesentlichen um folgende Punkte: Ob die Erklärung eines Staatsnotstandes beabsichtigt sei; ferner ob im Preußen die verfassungsmäßigen Grundlagen hergestellt werden würden; ob das Stabilitätswort mit Nachdruck in Angriff genommen werde; ob das Reichsarbeitsministerium abgebaut werden solle; weiter ob Maßnahmen gegen sozialpolitische Härten vorgesehen seien und ob die Unabhängigkeit der Tarifverträge angetastet werden würde. Diese Fragen waren zu dem Zwecke gestellt, um die Bedenken gegen eine Ermächtigung an die Reichsregierung auszuräumen.

Auch die Fraktion der Bayerischen Volkspartei nahm nur den Bericht über die politische Lage entgegen, ohne Beschlüsse zu fassen.

Auf der 13. Bundesausschusssitzung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin wurde in der Aussprache einmütig betont, daß die Gewerkschaften in einzelnen Fällen ihre Haltung zu der neuen Reichsregierung von ihren Forderungen abhängig machen würden. Wenn die Gewerkschaften zu der Regierung in Opposition ständen, so werde sie das jedoch nicht hindern, die Interessen der Arbeiterschaft auf dieser Regierung gegenüber zu vertreten. Organisation — nicht Demonstration, das sei die Parole der Stunde.

Reichsinnenminister Fricd stellt sich dem Reichsrat vor.

Hitler spricht am Donnerstag vor den Landesvertretern.

Im Reichsrat erschien zur Vollziehung zum erstenmal der neue Reichsinnenminister Dr. Fricd, der von den Abgeordneten der Länder mit Handschlag und Glückwünschen begrüßt wurde. Minister Dr. Fricd übernahm den Vorsitz mit einer Ansprache, in der er u. a. betontes: Ich habe die erste Gelegenheit, die sich mir bot, wahrgenommen, um mich Ihnen vorzustellen und Führung mit diesem überaus wichtigen Organ des Reiches aufzunehmen. Ich kann nur sagen, daß ich den größten Wert darauf lege, vertrauensvoll mit den Ländern zusammen zu arbeiten.

Nach unserer politischen Einstellung wissen Sie, daß wir die Vertreter einer starken Einheit des Reiches sind, daß wir wünschen, daß das Reich nach außen eine Einheit darstellt und unerschütterlich ist, damit es sich den Angriffen von außen erwehren kann.

Aber das schließt nicht aus, daß auch den einzelnen Gliedern des Reiches die nötige Freiheit, insbesondere auch in kultureller Beziehung, gegeben ist, um die Aufgaben zu erfüllen, die hier den Ländern gestellt sind.

Ich möchte bemerken, daß der Reichstanzler selbst am Donnerstag die Gelegenheit wahrzunehmen wird, sich Ihnen persönlich vorzustellen. Unsere politische Einstellung ist Ihnen ja aus unserer bisherigen Tätigkeit bekannt.

Jedenfalls sind wir eifrig bestrebt, das Beste des deutschen Volkes zu wollen. Gerade in dieser ungeheuren Notzeit ist es notwendiger denn je, daß eine starke Regierung in Deutschland gebildet wird, und ich hoffe, daß wir Ansätze dazu in diesen Tagen gemacht haben.

die womöglich noch verstärkt werden sollen. Ich möchte Sie bitten, mit uns in diesem Streben mit ganzen Kräften nur das Wohl des Vaterlandes zu vertreten!

Dr. Brecht sichert sachliche Zusammenarbeit zu.

Im Namen des Reichsrats begrüßte der preussische Ministerialdirektor Dr. Brecht den neuen Reichsinnenminister mit einer Ansprache, in der er ausführte: Wenn Sie, Herr Reichsminister Fried, heute an Stelle Dr. Brauns den Vorsitz des Reichsrates übernehmen, so werden Sie es verstehen, daß der Reichsrat als Körperschaft den raschen Verbrauch an Reichskabinetten nicht mit ungemindertem Interesse verfolgt. Wir begrüßen in Ihnen zum ersten Male einen Bayern an diesem Platze und tun das mit einer Zustimmung und einem Wunsch.

Wir sichern Ihnen zu, daß der Reichsrat trotz aller politischen Gegensätze, die im einzelnen bestehen, getreu seiner langen Tradition in strenger Sachlichkeit mit Ihnen als neuem Vorsitzenden zusammenarbeiten wird. Wir haben den Wunsch, daß Sie als der für die Durchführung der Reichsverfassung verantwortliche Reichsminister in möglichst enger Zusammenarbeit mit dem Reichsrat die labilen Zustände, unter denen das deutsche Volk und seine Wirtschaft leiden, möglichst bald wieder in die normalen verfassungsmäßigen Bahnen zurückführen werden.

Ich gebe der Hoffnung des ganzen Reichsrates Ausdruck, daß die großen inneren und äußeren Spannungen, die bei dem Antritt der neuen Regierung über dem ganzen Volke liegen, sich bald zum Wohle unseres ganzen Volkes und Vaterlandes lösen mögen.

Hitter an seine Partei.

Adolf Hitter hat an die NSDAP. folgenden Aufruf gerichtet:

Ein vierzehnjähriges, in der deutschen Geschichte wohl beispielloses politisches Ringen hat nunmehr zu einem großen politischen Erfolg geführt. Herr Reichspräsident von Hindenburg ernannte mich, den Führer der nationalsozialistischen Bewegung, zum Kanzler des Deutschen Reiches. Nationale Verbände und Parteien schlossen sich zum gemeinsamen Kampf für Deutschlands Wiederaufstehung zusammen. Die Ehre vor der deutschen Geschichte, nunmehr an diesem Werke führend teilzunehmen zu dürfen, verdanke ich neben dem großherzigen Entschluß des Generalfeldmarschalls ererter Treue und Anhänglichkeit, meine Parteigenossen. Daß ihr mir in trübigen Tagen genau so unerschütterlich gefolgt seid, wie in den Tagen des Glücks und treu geblieben seid nach schwersten Niederlagen, dem allein verdanke wir diesen Erfolg. Ungeheuer ist die Aufgabe, die vor uns liegt! Wir müssen sie lösen und wir werden sie lösen! An euch, meine Parteigenossen, richte ich nur die eine große Bitte: Gebt mir euer Vertrauen und eure Anhänglichkeit in diesem neuen und großen Ringen genau so, wie in der Vergangenheit — dann wird uns auch der Allmächtige seinen Segen zur Wiederaufrichtung eines deutschen Reiches der Ehre, der Freiheit und des sozialen Friedens nicht verweigern.

Neue Verordnung über den Reichskommissar für Preußen.

Das Reichskabinett beschloß auf seiner Sitzung am Dienstag, dem Reichspräsidenten eine Verordnung über den Reichskommissar für das Land Preußen vorzuschlagen.

Danach sollen die nach der Verordnung des Reichspräsidenten betreffend die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet des Landes Preußen vom 20. Juli vorigen Jahres dem Reichskanzler in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für das Land Preußen zustehenden Befugnisse dem Stellvertreter des Reichskanzlers und Reichskommissar für das Land Preußen, Reichskanzler a. D. von Papen, übertragen werden. Die dem Reichspräsidenten vorgeschlagene Verordnung soll mit Wirkung vom 30. Januar in Kraft treten.

Ferner setzte das Kabinett seine Aussprache über die politische Lage fort. Der Reichskanzler erstattete Bericht über die Verhandlungen mit dem Zentrum. Eine Beantwortung der Fragen des Zentrums ist noch nicht erfolgt. Einen besonderen Raum in den Beratungen nahm die Aussprache über Maßnahmen zur Steigerung wirtschaftlicher Schäden ein. (Es dürfte sich hier im wesentlichen um landwirtschaftliche Fragen handeln.)

Eine Reichsstelle für Arbeitsrecht.

Wie verkündet, beabsichtigt die Reichsregierung, auch eine Stelle für Arbeitsrecht zu schaffen. Als Leiter dieser Stelle wird der Oberbürgermeister von Leipzig, Dr. Goerdeler, genannt; allerdings hat Dr. Goerdeler für seine Person inzwischen dementsagt. Die Stelle für Arbeitsrecht wird sich im wesentlichen mit Tariffragen und ähnlichen auf dem Gebiete des Tarifrechts liegenden Dingen befassen.

Deutscher Landwirtschaftsrat begrüßt die neue Reichsregierung.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat begrüßt in einer Erklärung die neue Reichsregierung und erwartet, daß sie ohne Rücksicht auf einseitige Interessen einzelner Wirtschaftsprüfung und unter bewußtem Verzicht auf parteipolitische Sonderwünsche eine lediglich dem Wohle des Gesamtvolkes dienende, klar auf Stärkung des Binnenmarktes gerichtete nationalwirtschaftliche Politik verfolgt, die allein mit einer organischen Gesundung der Gesamtwirtschaft und einer Überwindung des Arbeitslosenstandes auch eine dauernde Wiederherstellung der landwirtschaftlichen Rentabilität ermöglicht und gewährleistet.

Der Hauptauschuss nationaler Industriearbeiter- und Berufsverbände und der Reichsbund väterländischer Arbeiter- und Berufsvereine hat dem Reichspräsidenten telegraphisch das unerschütterliche Vertrauen der nationalbewußten deutschen Arbeiterschaft zugesichert. In einem Aufruf des Reichsbundes deutscher Angestelltenverbände heißt es, daß die nationalen Angestellten mit ganzer Kraft für die neue Reichsregierung eintreten würden.

Kommunistische Generalfesthege.

Die Haltung der SPD.

Die kommunistische Presse des Ruhrgebietes veröffentlicht einen Aufruf zum Generalfest. Auswirkungen der kommunistischen Generalfesthege und irgendwelche Unruhen besonderen Ausmaßes sind jedoch an keiner Stelle des Ruhrgebietes festzustellen.

Die sozialdemokratische Presse des Ruhrgebietes erklärt zu der kommunistischen Generalfesthege u. a., die deutsche Arbeiterklasse werde den Parolen der SPD nicht folgen, das sei sicher. Sozialdemokratie und freie Gewerkschaften stünden auf der Wacht. Sie betrachten den Generalfest nicht nach dem Muster der Kommunisten als eine billige politische Reklameangelegenheit. Für sie bleibe der Generalfest Ultima ratio.

Von zuständiger Stelle wird auf Anfrage, ob von selten Preußens etwas gegen die neue Aktivität der kommunistischen Partei unternommen würde, mitgeteilt: Vorläufig seien die üblichen polizeilichen Sicherungen getroffen, besondere Maßnahmen seien bisher nicht angeordnet worden.

Offizialen werden geprüft.

Der Unterausschuss des Haushaltsausschusses des Reichstags zur Prüfung der gegen die Offiziale erhobenen Vorwürfe hat den ersten Teil der angeforderten Akten bekommen und ist sofort an Hand dieses Materials in die Nachprüfung der einzelnen Fälle eingetreten. Weitere Akten sind für die nächsten Tage zugesagt. Der Ausschuss erwartet außerdem einen Zwischenbericht des Rechnungshofes über die von ihm bisher schon durchgeprüften Fälle. Die Beratungen des Unterausschusses, die im übrigen vertraulich sind, werden fortgesetzt.

Protest gegen den Entwurf zum Reichsehrenmal.

In der Jahreshauptversammlung des Militärvereins Frankenberg i. Sa. beantragte Dr. med. Stumpf, gegen den in Aussicht genommenen Entwurf des Reichsehrenmals in Verfa. wegen seiner unbedeutenden Form eine Protestaktion der gesamten Militärvereine einzuleiten. Das Ehrenmal bedeute in dieser Form eine nicht zu verhehlende Verhöhnung des herrlichen Verfa. Balbes, der als Stätte für ein solches Mal als ideal bezeichnet werden müßte. Im Namen der Ortsgruppe des Deutschen Offiziersbundes schloß sich deren Vorsitzender diesem Protest, der von der Versammlung einstimmig angenommen wurde, an.

Aufklärung des Hirtenerger „Waffen-schmuggels“.

Es war alles Material.

Äußerlich wird in Rom bekanntgegeben, daß zwischen dem englischen Botschafter in Rom, Graham, und dem Unterstaatssekretär im italienischen Außenministerium, Zuich, eine Unterredung über die sogenannte Waffen-schmuggelangelegenheit von Hirtenerger stattgefunden habe, die in einem Teil der Auslandspresse zu tendenziösen Deutungen Anlaß gab.

Nach der italienischen Verkaufsanzeige handelt es sich um alles aus dem Kriege stammendes österreichisches Waffenmaterial, das von einem Privatbändler zur Reparatur nach Österreich geschickt worden ist.

Das neue französische Kabinett.

Der französische Ministerpräsident Daladier hat sein neues Kabinett gebildet und sich darauf zum Staatspräsidenten begeben, um die Mitglieder seiner Regierung vorzustellen.

Das neue Kabinett bedeutet bis auf ganz unwesentliche Änderungen eine neue Auflage der Regierung Paul-Boncour. Auf außenpolitischem Gebiet ist die Stetigkeit der französischen Politik durch den Verbleib Paul-Boncour im Außenministerium gewährleistet.

Aus unserer Heimat

Wilsdruff, am 1. Februar 1933.

Merktblatt für den 2. Februar.	
Sonnenaufgang 7 ²⁴	Mondaufgang 9 ⁰⁰
Sonnenuntergang 16 ¹⁵	Monduntergang 1 ⁰⁴
1829: der Naturforscher Alfred Brehm geb.	

Lichtmeß.

2. Februar.

Lichtmeß, auch Mariä Lichtmeß genannt, ist das kirchliche Fest, das zur Erinnerung an die Darstellung Jesu im Tempel und die Begegnung mit dem greisen Simeon gefeiert wird. Der Tag, der am 2. Februar oder in manchen Gegenden auch erst am nächstfolgenden Sonntag festlich begangen wird, hat seinen Namen „Lichtmeß“ daher, daß an ihm die kirchlichen Wächter für das ganze Jahr gesegnet werden, im Hinblick auf das Wort: „Ein Licht soll erleuchten die Heiden!“ (Lukas 2, 32).

Wie die meisten kirchlichen Festtage auf dem Lande eine große Rolle spielen, ganz gleich, ob sie noch gefeiert werden oder längst zu einem Erinnerungsblatt aus vergangenen Zeiten geworden sind, so ist es auch mit dem Feiertage „Mariä Lichtmeß“. Selbst in den evangelischen Gegenden unseres Heimatlandes ist es zu einem allbekannten Stich- und Merktag geworden. Für den Landmann ist das Wetter am Lichtmeßtage ausschlaggebend. Sein ganzes Tun und Lassen in der Zukunft wird dem Wetter dieses Tages entsprechend angepaßt. Der Winter hat dem Landmann zu lange gedauert, die Sehnsucht nach dem Frühling nimmt in seiner Seele greifbare Formen an. Das kommt in den vielen Wetter- und Bauernregeln die sich an diesen Tag knüpfen, zum Ausdruck:

„Ist Lichtmeß stürmisch und kalt, kommt der Frühling bald.“

Dagegen:

„Schaut an Lichtmeß die Sonne heiß, so kommt noch viel Schnee und Eis.“

Ober:

„Wenn der Dachs sich sonnt in der Lichtmeßwoche, geht er auf vier Wochen wieder zu Voche.“

Auch für den Ausfall der kommenden Ernte ist Licht-

meß bedeutungsvoll, denn es ist so die alte Bauernweisheit:

„Lichtmeß heiß und klar,

gibt ein gutes Roggenjahr.“

Daß sich auch an den Lichtmeßtag alte Sitten und Gebräuche knüpfen, die sich zum Teil bis auf den heutigen Tag erhalten haben, ist sonnenklar. Zum größten Teil sind mit Lichtmeß Festlichkeiten mit weltlichen Freuden verbunden, bei denen viel getanzt und getrunken wird. Am Lichtmeßtage wurde in früheren Zeiten in manchen Gauen das Vieh gezählt, d. h., soweit es den Gemeindehirten zur Wartung auf die Weide täglich oder, wie bei den Schafen, auf lange Dauer übergeben wurde. Nach dem Ergebnis dieser Zählung wurde dann der Lohn der Hirten festgesetzt.

Der Verein für Natur- und Heimatkunde kam gestern abend im „Löwen“ zu seiner Hauptversammlung zusammen. Oberlehrer Kühne entbot den Erscheinenden ein herzlich Willkommen und erstattete den Jahresbericht. Darin führte er zunächst an ein frisches Grab nach Hehnstein, wo ein treuer Anhänger des Vereins, Kurt Weise, in früheren Jahren städtischer Beamter hier, zur letzten Ruhe gebettet wurde. Sein Andenken ehrte man durch Erheben von den Plätzen. Der Verein zählt nunmehr 4 Ehrenmitgliedern, 97 Mitglieder und 5 Ehrenförderer. Die meteorologischen Beobachtungen wurden im verfloffenen Jahre weitergeführt, verschiedene naturkundliche Wanderungen unternommen, ein Vortrag gehalten und viel archivarische Arbeiten erledigt. Die Heimatbeilage erschien im 21. Jahrgang 184 Seiten stark; die Inflationschronik ist bis auf einige Stellen vergriffen. Auch das Heimatbuch II hat guten Absatz gefunden, so daß der Schlussband in Angriff genommen werden konnte. Der Heimatversammlung wurden wieder viele Sachen zugesandt, für die den Spendern gedankt wird. Bei Erstattung des Kassenerichts wurde mitgeteilt, daß die Heimatversammlung wahrscheinlich das letztmalige Unterstufung seitens des Bezirks sowohl wie seitens der Stadt erhalten habe. Das Rechnungswort war geprägt und in bester Ordnung befunden worden. Der Kassiererin, Fräulein Frell, wurde Dank und Entlassung zuteil. Bei den anstehenden Wahlen wurde der ausstehende Gesamtvorstand einstimmig wiedergewählt. Im Anschluß daran berichtete Oberlehrer Kühne über interessante Feststellungen und Schlüsse zur Besiedlungsgeschichte Grumbachs, wie sie nach den Forschungen von Möbius, Dr. Langer und Oberlehrer Kühne bis jetzt vorliegen. Unsere Leser werden ausführlich darüber in der Heimatbeilage lesen. Zum Schluß der Versammlung machte der Ehrenvorsitzende noch Mitteilung von der Errichtung einer neuen Gruppe in der Heimatbeilage: „Keine Verwendung mehr“. Darin soll alles das der Nachwelt überliefert werden, was durch Wasserleitung, Gas, Elektrizität und andere technische Errungenschaften überholt wurde. In dieser Gruppe fehlt noch ein Vornämmer, höhere Wasserläufe usw. Wo stehen solche Gegenstände unbenutzt im Winkel?

Motiz Kohnberg, Theodor Schubert, Otto Kühner u. Der Tod hält unter den Männern reiche Ernte. Raum hat sich das Grab über dem einen geschlossen, da kommt die Nachricht von dem Tode eines anderen und diesmal gleich von drei ehrenwerten Bürgern unserer Stadt. Für die Allgemeinheit eigentlich unerwartet, man wußte kaum, daß er krank war, wurde gestern abend Privatrat Motiz Kohnberg zur großen Arme abgerufen, zu seinen alten Männen würde er selbst sagen; denn Alter war er mit Leib und Seele gewesen und geliebt bis zu seinem Tode. — In den Morgenstunden des heutigen Tages wurde weiter der frühere Tischlermeister Theodor Schubert von langem, schwerem Leiden durch einen sanften Tod erlöst. Er war lange Jahre Kommandant der Schützenvereinsgesellschaft, die ihn ob seiner Verdienste zum Ehrenkommandanten ernannte. Auch in Jagertreffen war er eine weitbekannte und gerühmte Persönlichkeit. — Dem Tode die Hand reichte der überaus beliebte Botenfuhrmann Otto Kühner. Sein Leben war rastlose Arbeit von früh bis spät. Nun ist er kecklich zusammengebrochen. Durch Infektion und die wirtschaftlichen Nöte hatten alle drei Verstorbenen schwer zu leiden. Nun ist ihnen ewiger Frieden geworden. Ihr Andenken wird lebendig bleiben und segnet sein.

Der Fechtverein hält morgen Donnerstag abend 8 Uhr im Bahnhof-Restaurant seine diesjährige Jahreshauptversammlung ab. Die Mitglieder werden um allseitiges Erscheinen gebeten. D.S.B.-Ortsgruppe Wilsdruff. Die Jahreshauptversammlung der Ortsgruppe findet morgen Donnerstag abend punkt 8 Uhr im Fremdenhof „Stadt Dresden“ statt. Anschließend folgt die Kranienkassette. Dann hält Kreisvorsitzender Männich-Dresden einen Vortrag „Der Verband als Wirtschaftsfaktor“. Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Trotz Wetterumschlägen — Reisbildung. Gestern konnte man an verschiedenen Gebäuden eine starke Reisbildung beobachten, die weiten Mauerflächen ein weißes Aussehen verlieh. Die Erscheinung ist darauf zurückzuführen, daß das Steinwerk während der letzten Tage starke Kälte in sich aufgespeichert hat und noch unter Null Grad Temperatur aufweist. Verührt bei einem jähen Witterungsumschlag die wärmere Luft diese kalten Flächen, so setzt sich ihr Feuchtigkeitsgehalt sofort als Reis auf dem kalten Gestein fest, wie man es gestern beobachten konnte.

Grumbach, Hauptversammlung. Am vergangenen Sonnabend, dem 28. v. M., fand die diesjährige Hauptversammlung des Turnvereins T.V. bei starker Beteiligung im Gasthof Bode statt. Der Vorsitzende, Turnbruder Paul Räßig, begrüßte alle Erscheinenden aufs herzlichste und eröffnete die Hauptversammlung mit dem gemeinsamen Lied „Stimmt an mit hellem, hohem Klang“. Anschließend gab der Vorsitzende die Tagesordnung bekannt, welche lautete: 1. Eingänge; 2. Bericht; 3. Anträge; 4. Wahlen; 5. Arbeitsplan; 6. Verschiedenes. Einwände hiergegen wurden nicht erhoben. Unter 1 wurden verschiedene eingegangene Schreiben bekanntgegeben. Anschließend verlas Oberturnwart E. Küttner den Tätigkeitsbericht für alle Abteilungen des Vereins auf das Berichtsjahr, der reichen Anfall fand. Mit den Worten „Leben ist Kampf“ schloß er seine vorzüglichen Ausführungen und spornte zu neuem Schaffen an. Nachfolgende Einzelheiten dürften noch von Interesse sein. (Alle eingeklamerten Zahlen betreffen das Jahr 1931.) 1932 wurden 50 (86) Turnstunden mit 1416 (1992) Turnern abgehalten, das entspricht einem Durchschnitt von 29 (22) Teilnehmern pro Turnstunde. Der hohe Unterschied an Turnstunden ist darin zu suchen, daß früher die Mitglieder und Jugendturner zweimal in der Woche gemeinsam turnten, während im Berichtsjahr wegen Platzmangel jede Abteilung nur einmal pro Woche eine Turnstunde hatte, so daß in Wirklichkeit die Beteiligung, wie der Durchschnitt beweist, eine größere geworden ist. Die Turnerinnen haben sich ebenfalls sehr

Das neue Kabinett und die Weltmeinung.

Freiheit und Ehre!

Vier Stunden Fackelzug.

Der Fackelzug, den die SA., SS. und der Stahlhelm am Tage des Regierungsantritts der Reichsregierung...

Während des Vorbeimarsches hielt Reichsminister Göring eine Rundfunkansprache, in der er sagte: „Während ich hier am Mikrophon sitze, drängen sich draußen vor den Fenstern der Reichskanzlei Hunderttausende von Menschen...“

die Nation sich wieder zurückgefunden hatte, da eine neue Nation aufbrach und abtrat alles an Qual, Schmach und Schande der letzten vierzehn Jahre.

Wir danken heute nicht nur dem Führer dieser großen Bewegung, wir danken auch dem großen Generalfeld-

marshall von Hindenburg, der heute mit der jungen Generation einen Bund geschlossen hat.

So steht der ehrwürdige Feldmarschall aus dem großen Kriege, der Führer Deutschlands, an seiner Seite und unter ihm der junge Führer Deutschlands, der nunmehr wieder Volk und Reich

zu neuen, besseren Zeiten entgegenführen wird. Möge das deutsche Volk den heutigen Tag ebenso freudigen Herzens aufnehmen, wie dort draußen vor den Fenstern die Hunderttausende es tun, die mit neuer Hoffnung, mit neuem Glauben besetzt einer besseren Zukunft entgegensehen.

Die historische Nacht in Berlin.

Das Ausland zu dem großen Fackelzug.

Die große Kundgebung der Nationalsozialisten und des Stahlhelms zu Ehren des Reichspräsidenten und des neuen Reichskanzlers haben in der Presse des Auslandes außerordentlich starke Beachtung gefunden.

„Geradezu übermenschliche Begeisterung.“

Pariser Zeitungen schreiben, daß der Vorbeimarsch der Truppen vor dem Präsidentenpalais und der Reichskanzlei einen erhebenden Eindruck von patriotischer Freiheit gemacht habe.

„Historische Szenen.“

Von der englischen Presse wird die große Kundgebung in großer Aufmachung wiedergegeben und in allen Einzelheiten beschrieben.

Hindenburg an Schleicher.

Der Reichspräsident hat an den scheidenden Reichskanzler von Schleicher folgendes Handschreiben gerichtet: „Sehr geehrter Herr Reichskanzler: Ihrem Antrage um Entbindung von den Ämtern als Reichskanzler und als Reichswehrminister habe ich durch den Ihnen inzwischen zugegangenen Erlaß entsprochen.“

Fährmann, fahr zu! Des Rahms Schwanken auf reißendem Fluß... Reißt uns des Schicksals flackernde Not... Treibe dich des Wankens bangende Nacht... Leben, o Leben, du schwindelndes Boot... Holte das Steuer in sicherer Hand... Fährmann, fahr zu! Ginein in die Wogen, Die Sinne frei, den Klagen gebogen... So stehe am Steuer im Lebensschiff... Mögen die Stürme und Brandungen toben... Ferdinand Oppenberg.

Kurze politische Nachrichten.

Der Reichspräsident hat die Schirmherrschaft des Carl-Benz-Denkmal übernommen, das am Ostersonntag in Mannheim enthüllt wird.

Die Ausgabe der roten Fahne vom 31. Januar ist auf Veranlassung des Berliner Polizeipräsidenten beschlagnahmt worden.

In den letzten Tagen sind, wie amtlich aus Schanghai mitgeteilt wird, über 284 000 Chinesen nach China zurückgekehrt, die ihren Erwerb im Ausland verloren haben.

Die Frage eines Wechsels in der Leitung der Reichsbank ist, wie von zuverlässiger Stelle mitgeteilt wird, im Augenblick nicht aktuell.

Der Reichspräsident empfing den scheidenden Reichskanzler und Reichswehrminister von Schleicher in Abschiedsaudienz.

Expreszug raff in Güterzug.

In England fuhr bei Loughborough (Leicestershire) ein Expreszug mit 80 Kilometer Geschwindigkeit in einen rangierenden Güterzug.



Fackelzug der SA. und des Stahlhelms vor dem neuen Reichskanzler Hitler.

Unsere beiden Aufnahmen berichten von dem Vorbeimarsch der Fahnenabteilungen der SA. und des Stahlhelms vor dem neuen Reichskanzler Adolf Hitler vor der Reichskanzlei in Berlin.

Das Große Los. Roman von Margarete Ankelmann. Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

Und was Sie anlangt, so steht er in Ihnen die Ursache, daß unsere Gegend in ein Fabrikland umgewandelt wird, daß unsere köstliche Ruhe bald ganz weg sein wird.

„Ich möchte ihn bitten, uns Futter und Getreide zu verkaufen.“ „Das tut er nicht! Nein, nein!“ „Aber gnädiges Fräulein?“ „Nein! Er hält zu wenig von Doktor Richter, als daß er ihm Kredit geben würde.“

Auch Theobald war verlegen geworden. Schlichtlich ergriff er die feste, kleine Hand des Mädchens und küßte sie ehrfurchtsvoll. „Ich danke Ihnen für dieses Wort, gnädiges Fräulein. Es gibt mir Hoffnung, auch die Abneigung Ihres Herrn Vaters gegen die Lössbauer zu besiegen.“

Oefftl. Sitzung des Bezirksausschusses

Die Finanzlage des Bezirkes. — Was wird mit dem Gemeindefünftel? — Neuorganisation der Finanzverwaltung des Bezirkes?

Im Sitzungssaale der Amtshauptmannschaft fand am Montag vormittag eine Sitzung des Bezirksausschusses statt. Der Amtshauptmann Schmidt begrüßte zunächst den erstmalig an der Sitzung teilnehmenden Regierungsrat Härtel, der von der Amtshauptmannschaft Großenhain nach Meissen versetzt ist und der in Zukunft Amtshauptmann Schmidt vertreten wird, ferner Regierungsrat Kalauch, der von der Amtshauptmannschaft Dresden nach hier versetzt wurde. Weiter teilte der Amtshauptmann mit, daß Fräulein Referendar Roth leihmässig an der Sitzung teilnimmt.

Worte des Dankes und der Anerkennung widmete der Amtshauptmann Johann dem verabschiedeten Regierungsrat Freidrich von Wittig, der zum Amtshauptmann der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde ernannt wurde, den er als tüchtigen und angenehmen Mitarbeiter während seiner zehnjährigen Tätigkeit kennen und schätzen gelernt habe und der auch für den Bezirk erfolgreich tätig gewesen sei. Er übermittelte dessen Grüße an den Ausschuss.

Der Amtshauptmann äußerte sich dann zu dem vorliegenden Bericht über die Ausführung des Haushaltes vom 1. April bis 31. Dezember 1932 und Vorschlag bis zum 31. März 1933. Aus dem Bericht sei ersichtlich, daß etwas mehr für Wegebau ausgegeben werden solle, wenn dementsprechend mehr Mittel hereinkommen. Eine Reihe von Ersparnissen stünden Belastungen gegenüber. Durch die Verringerung der Invalidenrenten habe der Bezirk 22000 M. mehr in der Kürsorge für Kinderbewilligte und Mittellose ausgegeben. Bei den Dedungsmitteln zeigten sich geringe Einnahmen aus Ueberweisungsteuer, insbesondere aus Einkommen- und Körperschaftsteuer. Die Aufwertungssteuer bringe 20000 M. weniger. Es seien also ganz erhebliche Ausfälle zu verzeichnen. Auch die Einnahmen aus Sonderbeihilfen von Reich und Land seien bei weitem nicht in der erwarteten Höhe zur Verfügung gestellt worden.

Es seien nur 30 000 M. an Sonderbeihilfen zu verzeichnen, während man viel höhere Beträge angenommen habe. Der Bericht zeigt in seinem Abschluß einen Fehlbetrag von 221 726 M., der also ganz erheblich sei. Eine Verringerung ersehe man zunächst nicht.

Der Amtshauptmann trat Johann in der letzten Zeit erhobenen Angriffen entgegen, die dahin gingen, daß die Bezirksumlage gegenüber anderen Bezirken ganz besonders hoch sei. Die Kreisbauverwaltung habe bereits dementsprechende Einsprüche abgelehnt, eine Verringerung der Umlage also schon damit hinlänglich gemacht. Aber auch insbesondere von Gemeindefürsorgeverbänden werde die Klage immer wieder erhoben, daß die Umlage in unserem Bezirk besonders hoch sei. Das sei richtig, aber die Umlage müsse im hiesigen Bezirk schon deshalb höher sein, weil vom Bezirk das Gemeindefünftel der Wohlfahrtsausgaben in Höhe von 173 000 M. getragen werde.

Dieser Umstand bringe es mit sich, daß die Umlage höher sein müsse im Verhältnis zu anderen Bezirken. Das müsse wohl beachtet werden.

Bürgermeister Zimmermann nimmt zu dem Fehlbetrag Stellung und hält es für richtig, die Frage anzuschneiden, wie denn hier eine Verringerung geschafft werden könne. Schon im Herbst habe man sich mit der Frage beschäftigt, ob es weiter angezeigt erscheine, das Gemeindefünftel der Wohlfahrtsausgaben vom Bezirk ebsubürden. Man werde sich auch mit der Frage befassen müssen, ob die durch Notverordnung aufgeborenen Beträge der Rentenfürsorge weiter vom Bezirk getragen werden könnten. Erörtert werden müsse, ob es einen Weg gebe, das Gemeindefünftel auf die Gemeinden umzuladen. Wenn man einen neuen Haushaltsplan aufstellen solle, sei es doch schlimm, angesichts des Defizits aus dem alten Plan. Für ihn seien die ganzen Verhältnisse besonders peinlich, weil ihm als Bürgermeister einer Gemeinde an der Peripherie des Döbelner Bezirkes immer die dortigen Verhältnisse zum Vergleich herangezogen würden. Er müsse dabei immer wieder betonen, daß ein solcher Vergleich nicht zu machen sei eben wegen der Belastung des Bezirkes mit dem Gemeindefünftel und weil dadurch die Finanzverwaltung des Bezirkes eine ganz andere sei, daß Bezirksverband und Bezirksfürsorgeverband nebeneinander bestünden. Wissen möchte er gern, wie sich die Belastung des Bezirkes durch die höheren Renten aus der Notverordnung auswirke auf die allgemeine Fürsorge des Bezirksverbandes und des Gemeindefürsorgeverbandes und wie sich die Belastung auf die Gemeinden aus und welche Finanzlage entsteht dadurch. Weiter möchte er die Fragen stellen, wie wird die Sache ausgehen wenn das Gemeindefünftel von den Gemeinden getragen werde. Er sei der Meinung, daß die Finanzverwaltung so nicht weiter bestehen könne. Es müsse hier eine Aenderung getroffen werden, aus der sich ein klareres Bild in all diesen Fragen ergebe.

Amtshauptmann Schmidt erwiderte darauf, daß er die gestellten Fragen so nicht beantworten könne, denn es müßten hierfür zunächst die Unterlagen beschafft werden. Da der Bezirk zwei Organisationen habe, müsse selbstverständlich auch die innere Organisation des Finanzwesens eine andere sein als in anderen Bezirken, weil beide Organisationen selbständig arbeiteten. Erklärlich sei, daß die Ausgaben verschiedene seien. Es bestehe immer die Meinung in den Orten rechts der Elbe, daß die Erwerbslosen zahlen im Gemeindefürsorgeverband am höchsten seien. Das sei aber nicht der Fall. Zum Beispiel sei im Dezember der Teil der Gemeinden, der nicht dem Gemeindefürsorgeverband angehöre, mit 23 000 M. Mehrausgaben belastet gewesen als der Gemeindefürsorgeverband. Es sei also klar, daß die Verhältnisse immer verschieden sein müßten, weil der Gemeindefürsorgeverband seine Dinge selbständig regelt.

Bürgermeister Zimmermann stimmte den Ausführungen des Bürgermeisters Zimmermann zu, schon länger habe man eine Aenderung des Gemeindefünftels erstrbt und deshalb verschiedentlich beraten. Auch die Finanzverwaltung könne so nicht weitergehen, wenn man auch mit diesen Worten durchaus nicht eine abschließende Kritik ausgesprochen haben wolle.

Bürgermeister Zimmermann hält erneut dafür, daß es an der Zeit sei, sich mit dem ganzen Fragenkomplex zu befassen. Bezüglich der Beträge auf der Rentenfürsorge habe man sich feinerzeit im November zur Tragung dieser Mehrkosten bereit erklärt, weil man der Annahme gewesen sei, daß das Reich diese Mehrkosten durch Sonderbeihilfen ausgleichen werde. Diese Hoffnung sei heute aber vollständig überholt. Er schließt sich dem von Bürgermeister Zell gemachten Vorschlag an, einen kleinen Ausschuss mit der Bereinigung der ganzen Fragen zu betrauen. Am besten der Bezirksausschuss möge sich damit beschäftigen vor der Aufstellung des neuen Haushaltes.

Dem stimmte das Kollegium zu.

Die Verteilung der Beihilfen an die Vereine für Volksbildung auf das Rechnungsjahr 1932 war in der letzten Sitzung zurückgestellt worden, weil man der Meinung war, daß bei der außerordentlich trüben Finanzlage alle derartigen Ausgaben zu streichen seien. Der Ausschuss kommt auch angesichts der vorgetragenen Finanzlage zu keiner anderen Stellungnahme und lehnt die Gewährung solcher Beihilfen ab.

(Schluß folgt.)

150 Minuten politische Hochspannung

Sächsischer Landtag, Dresden, 31. Januar.

100. Sitzung.)

Bekanntlich waren in der letzten Sitzung des Landtages die kommunistischen Abgeordneten Candermann und Herrmann-Weitzel wegen der tätlichen Angriffe auf einen Landtagsjournalisten von der Sitzung ausgeschlossen worden. Da die beiden Abgeordneten der Aufforderung des Präsidiums, den Saal zu verlassen, nicht Folge leisteten, ergab sich automatisch der Ausschluß für fünf weitere Sitzungen. Wegen die erste Ausschluss hatten die beiden Abgeordneten, den Saal zu verlassen, nicht Folge leisteten, ergab sich automatisch der Ausschluß für fünf weitere Sitzungen. Einspruch erhoben, der aber heute mit 40 gegen 37 Stimmen abgelehnt wurde. Es fehlten bei der Abstimmung die Staatspartei, die Volksrechtler und die Volksozialisten.

Der Abg. Renner begründete dann den kommunistischen Antrag, der sich mit den blutigen Vorgängen in der Nacht zum 24. Januar in Dresden befaßt. Der Redner machte allein die Polizeibeamten verantwortlich für diese Vorgänge und forderte, daß Polizeipräsident Dr. Pätzsch und stellvertretender Polizeipräsident Dr. Hosenbauer sowie die an den Vorgängen im Regierheim beteiligten Polizeibeamten sofort ihres Dienstes enthoben werden sollen, und daß eine Untersuchungskommission, zu der Vertreter des Landtages und Befürher der Versammlung im Regierheim hinzugezogen werden sollen, eingesetzt werde.

Innenminister Richter nahm sofort die Gelegenheit wahr, um den Behauptungen Renners entgegenzutreten. Der Minister betonte, daß er abschließend über die Vorfälle nichts sagen könne, solange die Staatsanwaltschaft und das Gericht nicht die Ergebnisse der Untersuchung vorgelegt hätten. Vorläufig sei ja alles noch in der Schwebelage. Die Polizei habe nur einen Polizeibericht herausgegeben. Für das, was sonst in den Zeitungen noch geschrieben worden sei, lehne die Polizeibehörde die Verantwortung ab. Er wandle sich mit Nachdruck gegen die Behauptung Renners, daß die Dresdener Polizei besonders schuldig sei; in der Zeit seiner Ministerialtätigkeit sei nur zweimal von der Schußwaffe Gebrauch gemacht worden.

Der kommunistische Abg. Siegel verlangte Aufhebung des Demonstrationsverbotes. In Anbetracht der gegenwärtigen politischen Situation und in Hinblick auf die Bräutigam der Arbeiterschaft müsse gefordert werden, daß endlich die Einheitsfront des Proletariats zustande komme, nicht mit dem Mund, sondern durch die Tat und durch die Waffen des politischen Massenstreiks.

Der sozialdemokratische Abg. Edel bedauerte, daß infolge des vorzeitigen Abbruchs der letzten Landtagssitzung der Untersuchungsausschuss noch keine Feststellungen machen können. Der Redner erging sich in den schwersten Anschuldigungen gegen die Polizeioffiziere, gegen den überwachenden Polizeibeamten und verlas einige Stellen aus einem Bericht, den ein Polizeibeamter der sozialdemokratischen Fraktion geschrieben hat, und der schwere Vorwürfe gegen die Polizeibeamten enthält. Der Redner kam dann auf „das Vorkommnis in Berlin, das sich Regierungsbildung nennt“ zu sprechen und fragte, ob die Nationalsozialisten wirklich glaubten, das dritte Reich sei schon da. Die Verhältnisse würden sich politisch, wirtschaftlich und sozialpolitisch derart verschärfen, daß der Kampf der Arbeiterschaft nur durch einheitliches Vorgehen gelöst werden kann. Die Konterrevolution wolle die Arbeiterschaft provozieren, aber die Sozialdemokraten würden sich nicht provozieren lassen. Erst müsse die Einheitsfront der proletarischen Massen Wirklichkeit sein und nicht wie jetzt nur ein Randver. (A. D. Red.)

Der Kommunist Renner forderte ebenfalls den politischen Massenstreik und warf der SPD vor, daß sie die Auslösung dieses großen Kampfes verhindere. (Das klingt nicht gerade wie Einheitsfront!) (A. D. Red.)

Der Landtag nahm dann einstimmig einen Antrag an, durch den der Ausschuss des Landtages zur Untersuchung der Vorgänge in der sächsischen Polizei und Verwaltung beauftragt wird, die Vorgänge im Regierheim von sich aus zu untersuchen. Gleichzeitig wurden alle anderen zu dem gleichen Vorfall vorliegenden Anträge diesem Ausschuss überwiesen.

Da die Tagesordnung erschöpft war, wurde nach nur zweieinhalbstündiger Dauer die Sitzung geschlossen.

Nächste Sitzung Donnerstag, 2. Februar, 13 Uhr.

Zittau. Mord an einem nationalsozialistischen Zeitungsagenten. Am Dienstag abend gegen 10 Uhr fanden Polizeibeamte in einem dunklen Gäßchen zwischen Prinzen- und Friedrich-Schneider-Straße den Zeitungsagenten der nationalsozialistischen „Oberlausitzer Frühpost“, Heinrich Schmilzer, mit einem linksseitigen Kopfschuß tot auf. Die Bauhner Nordkommission hat sich an den Tatort begeben, um festzustellen, ob es sich um ein politisches Verbrechen oder einen Raubmord handelt. Schmilzer, dessen Altentafel aufgerissen neben ihm lag, hatte am Abend Zeitungsgelder entlastert.

Freiberg. Einbruch in Sprengstofflager. Im Kalkwerk Rittmich bei Döbeln ist ein Geläch, in dem sich Sprengstoffe befanden, von unbekanntem Täter ausgebrochen worden. Gestohlen wurden dreißig Sprengkapseln.

Waldheim. Eisbedeckte geprenzt. Die prächtige Eisbedeckung auf dem Stausee der Talperre Arlesstein wurde in Vorbeugung einer Hochwassergefahr und in Erwartung des Eisganges geprenzt. Hierdurch senkt sich die Eisbedeckung um ein beträchtliches, und es bilden sich Hohlräume, die beim Betreten zusammenbrechen und eine große Gefahr für die sich auf der Eisbedeckung aufhaltenden Spaziergänger, Schlittschuh- und Skifahrer bilden.

Chemnitz. Neubaumietenfrage vorläufig geklärt. In der Frage der Zuschüsse zu den Neubaumieten ist in der Ratssitzung eine vorläufige Klärung dadurch geschaffen worden, daß beschlossen wurde, die ausgesprochene Kündigung zurückzunehmen mit der Einschränkung, daß der für die Ausverbilligung bisher zugrunde gelegte Prozentsatz um 1,5 Prozent herabgesetzt wird. Dieser Beschluß bringt jedoch noch keine dauernde Lösung des Neubaumietenproblems, da er nur bis zum 31. März die Ungewißheit beseitigt.

Oberfrohna. Lohngehelder gestohlen. Aus dem verschlossenen Bauhof-Gebäude wurden nachts die für die Lohnauszahlung der Gemeindearbeiter bestimmten Lohngehelder von unbekanntem Dieben entwendet.

Wittgensdorf. Duppelstürmer. Hier starb im Alter von nahezu 94 Jahren der im Ruhestand lebende Bahnwärter Weber. Er war einer der letzten Duppelstürmer von 1864, hatte auch den Krieg von 1869 und 1870/71 mitgemacht.

Mit falschen Papieren stellvertretender Direktor geworden.

Der in der Elektrizitäts-Verwaltung Wittweid als Betriebsingenieur und Stellvertreter des Direktors beschäftigte angehende Diplom-Ingenieur Wilhelm Kirchner ist kränkelnd entlassen worden. Der Stadtrat teilt hierzu mit, daß Kirchner, wie eine Nachprüfung ergeben hat, weder das Abitur hatte, noch Diplom-Ingenieur war und damit unrechtmäßig seine hiesige Stelle besetzte und sich erworben hatte. Auch seine Angabe, daß er Offizier gewesen ist, stellte sich als falsch heraus, er ist nur Offiziers-Stellvertreter gewesen.

Verdienste um den Verein geehrt, ebenso alle anderen Vorstandsmitglieder. Eine gutbesetzte Gabenlotterie, Gesellschaftstänze und anderes füllten den zweiten Teil des Abends aus. Mit wenig Mitteln hatte der Verein seinen Mitgliedern viel Gutes geboten und der Gesamterfolg war bestimmt ein guter.

Kirchennachrichten

Wilsdruff, Donnerstag 8 Uhr Vesperstunde.

Bereinstufen.

D.S.V. 2. Februar 8 Uhr „Stadt Dresden“ Jahreshauptversammlung.

Gesetzverein, 2. Febr. 8 Uhr Bahnhofrestaurant Jahreshauptversammlung.

Verein junger Landwirte, 7. Februar 4 Uhr im „Ablen“ Lichtbildvortrag.

Freiwillige Feuerwehr, 14. Februar 8 Uhr in der „Tonhalle“ Dienstversammlung.

Wetterbericht.

Vorberfrage der Sächsischen Landeswetterwarte für den 2. Februar. Zeitweise lebhafteste Winde hauptsächlich aus Süd bis West. Veränderliche, aber vorwiegend starke Bewölkung. Temperaturverhältnisse nicht grundlegend geändert. Vorübergehend Auftreten von meist leichten Niederschlägen.

Das Demonstrationsverbot aufgehoben

Dresden. Das Presseamt des Polizeipräsidiums stellt mit: „Nachdem der gestrige Tag und die heutige Nacht ohne Störung der öffentlichen Ordnung verlaufen sind, hat sich das Polizeipräsidium entschlossen, daß am 20. Januar d. J. auf Grund der Bestimmung in Artikel 123 Abs. 2 der Reichsverfassung bis auf weiteres erlassenes Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel und Umzügen mit sofortiger Wirkung wieder aufgehoben. Vor Ausföhrungen wird ausdrücklich gewarnt.“

Nach Aufhebung des Verbots wird am Mittwoch abend ein gemeinsamer Aufmarsch der Dresdner S.A. und des Stahlhelms stattfinden.

Nationalsozialisten beantragen Auflösung des preussischen Landtages.

Berlin. Die nationalsozialistische Fraktion hat einen Antrag auf Auflösung des preussischen Landtages eingebracht. Präsident Kerrl hat daraufhin den Landtag auf Sonnabend, den 4. Februar 11 Uhr zur Beratung dieses Antrages einberufen.

